

Wir aus der Friedensbewegung suchen den Kontakt mit Euch. Wir möchten in Eure politischen Diskussionen den Gedanken einbringen, dass die Kosten für Aufrüstung und Krieg wesentliche Hindernisse sind, die das Ringen um soziale Sicherheit und um eine klimagerechte Erneuerung Deutschlands verhindern.



Soziale Gerechtigkeit ist ohne Frieden und Abrüstung nicht zu haben



Demonstration am 1.10.2022 in Stuttgart © Friedensnetz

Mit den Hunderten Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das deutsche Militär finanzieren sollen, wird die Konfrontation gegen Russland und China weiter gestärkt, aber nicht die deutsche Gesellschaft modernisiert. Folgerichtig fordern wir den Ausstieg aus der Kriegslogik nicht nur von Staaten wie Russland und den USA sondern auch von Deutschland. International braucht es eine erneuerte Politik internationaler Zusammenarbeit und des Interessensausgleichs auf der Grundlage der Anerkennung des Völkerrechts und der allgemein gültigen Menschenrechte.

Die Vorhersage ist, dass sich die soziale Schieflage über die nächsten Monate in Deutschland, in den europäischen Nachbarländern und weltweit weiter verschlechtern wird. Jede weitere Steigerung der Inflationsrate in Deutschland wird zu einem weiteren Absinken der Reallöhne führen. Wenn bereits jetzt untere und mittlere Schichten der Bevölkerung nicht mehr wissen, wovon sie die rasant steigenden Energiekosten, Mieterhöhungen oder die anwachsenden Nahrungsmittelpreise bezahlen sollen - es droht noch schlimmer zu kommen.



Demonstration am 1. 10. 2022 Berlin, © Naturfreunde

Allgemein wird für diese Kostensteigerungen und die Einbuße sozialer Sicherheit der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine verantwortlich gemacht. Die fortgesetzte militärische Unterstützung des Westens für die Ukraine ohne eine Perspektive auf diplomatische Verhandlungen, die Einverleibung ukrainischer Landesteile in die russische Föderation, sowie die Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden, eskalieren den Ukraine-Krieg weiter. Dieser Krieg droht nicht nur zu einem Dauerkrieg zu werden, sondern trägt in sich die Gefahr der Eskalation zu einem Einsatz von Atomwaffen.

Nur Waffen zu liefern und dabei keine Wege zu einem Verhandlungsfrieden zu suchen, ist falsch. Echte Solidarität heißt Rettung von Menschenleben und Schutz von Deserteuren und Aufnahme von Geflüchteten. Deswegen müssen Waffenstillstand und Verhandlungen rasch Vorrang erhalten. Nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine durch gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine beenden. Die Entfaltung von Strukturen gemeinsamer Sicherheit für Interessensausgleich

und folgende militärische Abrüstung dürfte das weltweite Ringen um soziale Gerechtigkeit hier und überall erleichtern. Das zu fordern ist wahre Solidarität mit den leidenden Menschen!

Deutschland muss sich gegen die Aufwendung von 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt entscheiden sowie die Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt und Klima, Gesundheit und Bildung angehen. Deutsche Außenpolitik muss auf die internationale Gemeinschaft einwirken, mit allen Kräften des Süden und des Norden Frieden für die Ukraine und andere Konflikte zu suchen. Ein forciertes Eintreten in klimagerechte regenerative Energien muss diese Politik begleiten, statt weiterhin klimaschädliches Gas, Fracking, Kohle und Atom zu nutzen.

Der uns alle gefährdende Klimawandel, die weltweite Ernährungskrise, die Zunahme von Fluchtursachen und Geflüchteten wie auch der internationale Rüstungswettlauf erfordern globale Antworten. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine Politik, die friedliche Kooperationen fördert und sich zum Regelwerk der UN-Charta bekennt. Nur so sind die verwobenen Konfliktfelder der geopolitischen Konfrontationen, der globalen Klima- und Umweltkrise sowie erheblicher gesellschaftlicher Verwerfungen bei uns und überall erfolgreich zu bearbeiten. Deutschland muss dabei vorangehen. Dafür streiten wir – und wünschen uns, das gemeinsam mit Euch zu tun!

Auf den folgenden Webseiten sind Positionen und Beiträge zu den Anforderungen einer umfassenden Friedenspolitik nachzulesen:

<https://friedensratschlag.de>

<https://www.friedenskooperative.de>



**Bundesausschuss
Friedensratschlag**



V.i.S.d.P.:

Bundesausschuss Friedensratschlag und Kooperation für den Frieden, Kristian Golla, Mackestr. 30, 53119 Bonn